

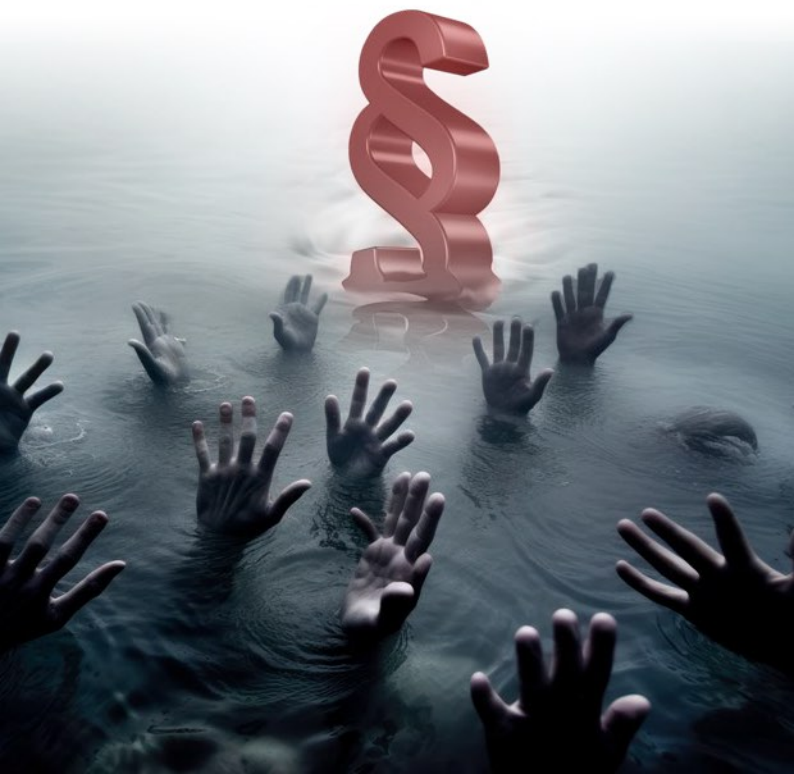


AGAPLESION
WOHNEN & PFLEGEN

DER PFLEGE STEHT DAS WASSER BIS ZUM HALS!

Systemfehler in der Pflege

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK





IN DER PANDEMIE BEKLATSCHT UND JETZT BESTRAFT: WAS LÄUFT IN DER PFLEGE SCHIEF?

Wie die Corona Helden nun kämpfen müssen

Letztendlich sind wir alle direkt oder indirekt betroffen: Wir haben bereits jemanden aus der eigenen Familie, dem Bekannten- oder Freundeskreis, der der Pflege bedarf – oder demnächst damit rechnen muss, selbst auf Hilfe/Pflege angewiesen zu sein.

Lauterbachs Pflege-Placebo reicht nicht!

„Pflege ist die Seele des Gesundheitssystems“, erklärt Karl Lauterbach. Und die Pflege selbst müsse mehr mitbestimmen können. Der Minister kündigt dazu eine bessere Ausstattung des Pflegerats an. Er werde alles dafür tun, dass die Pflege in den Gremien, etwa im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA), besser gehört werde. In der neuen Kommission zur Krankenhausreform seien Pflegeexperten bereits „prominent vertreten“, ergänzt er. Pflege werde dort „eine große Rolle spielen“. Denn ohne sie läuft nichts in Kliniken, Heimen und anderen Einrichtungen.

Quelle: Deutsches Ärzteblatt (Mai 2022)

DAS IST SCHÖN!

**Wann geschieht endlich etwas –
unabhängig von Parteizugehörigkeit
und Koalitionen?**

Denn: das Thema geht uns ALLE an!

Um den Mängeln im Bereich Altenpflege entgegenzuwirken, wollen wir ein hessisches Förderprogramm entwickeln, damit die Bewohner:innen von Alten- und Pflegeheimen deutlich mehr Zuwendung erfahren, als das aufgrund der Rahmenbedingungen bisher möglich ist.

Quelle: Regierungsprogramm gruene-hessen.de (2018)

WOLKENKUCKUCKSHEIM

Träume und Versprechen der Politik: Theorie

"Alle Menschen in Deutschland sollen gut versorgt und gepflegt werden – in der Stadt und auf dem Land. Wir wollen einen Aufbruch in eine moderne sektorenübergreifende Gesundheits- und Pflegepolitik und ziehen Lehren aus der Pandemie, die uns die Verletzlichkeit unseres Gesundheitswesens vor Augen geführt hat. Wir sorgen für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und eine menschliche und qualitativ hochwertige Medizin und Pflege. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen der Gesundheitsberufe und Pflegekräfte. Wir ermöglichen Innovationen und treiben die Digitalisierung voran. Grundlage für all dies ist eine auf lange Sicht stabile Finanzierung des Gesundheitswesens und der Pflege."

Quelle: Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 / Die Grünen und den freien Demokraten (FDP); Berlin, 7. Dezember 2021

Mit der Initiative „Mehr Pflegezeit – weniger Bürokratie“ wollen wir Pflegekräfte von bürokratischen Anforderungen entlasten, damit die Arbeit am Menschen wieder mehr im Mittelpunkt der Pflegekräfte steht.

Quelle: Aus dem Wahlprogramm CDU (2018)

WIE PASST DAS MIT DER

Ursachen für die Pleitewelle in der Altenpflege

Experten sind fassungslos. Das Heimsterben in Deutschland – fast 50 % der Pflegeanbieter rechnen mit noch mehr Insolvenzen (derzeit gibt es rund 11.700 Pflegeheime mit ca. 922.000 Pflegeplätzen in Deutschland). Rund 600 Pflegeeinrichtungen verschwanden bereits allein 2022 vom Markt. Alles, was Investitionskosten in/für Einrichtungen der Alten-/Behindertenhilfe in

Fehlende Einnahmen durch das Land Hessen

Das Betriebsergebnis eines Pflegeheims hängt von der **Belegung ab**: Für jeden Tag, an dem ein Zimmer leer steht, erhält die Einrichtung kein Geld. Die Investitionskosten eines Pflegeheims (Bau, Zinsen, Ausstattung, Instandhaltung, Miete, etc.) müssen für den Betreiber refinanzierbar sein. Die Bundesländer sind zuständig für die Rahmenbedingungen dieser Finanzierung: **In Hessen werden 98 % der Belegung zugrundegelegt. In der Praxis sind die Pflegeeinrichtungen seit Jahren durchschnittlich jedoch nur zu 88-90 % ausgelastet.** Das ergibt eine Diskrepanz von rund 10 % jährlich. Bei einem Haus mit 100 Plätzen fehlen dem Träger existenzielle Einnahmen von rund 60.000 Euro/Jahr.

Defizit am Beispiel der Pandemie:

Der **CORONA Schutzschirm** nach § 150 SGB XI zur Erstattung von coronabedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen ist Bundesangelegenheit.

- In der Pandemie ging die Belegung in den Einrichtungen massiv zurück – mit dem Ergebnis, dass die **Einnahmen der Investitionssätze fehlen**. Dies bedeutet einen Rückgang in Höhe von 420.000 Euro für uns als Träger.
- Das Land Hessen hat in unserem Fall nach mehreren Anläufen mit ersten Lösungsansätzen reagiert – kurz vor Ablauf der Frist dann doch wieder die Erstattung auf 184.000 Euro reduziert.
- **Hessen** hat allen Pflegeeinrichtungen 10 Mio. Euro in Aussicht gestellt, aber mit viel Bürokratie nur einen Bruchteil freigegeben. **Bayern** hat seine Einrichtungen nicht hängen lassen, sondern 40 Mio. Euro anstandslos erstattet.



REALITÄT ZUSAMMEN?

Hessen betrifft, wird über Landesgesetze/Verordnungen/Ausführungsbestimmungen geregelt. **Wenn Personal fehlt, darf die Einrichtung nach gesetzlichen Vorgaben auf keinen Fall die Zimmer belegen. Somit vergrößert sich der Leerstand – die entsprechenden Investsätze fehlen – das Defizit steigt weiter!**

Lange Bearbeitungszeiten auf Kosten der Bewohner:innen, Angehörigen und Betreiber

- Sozialämter benötigen für Bescheide von Sozialhilfeanträgen viele Monate. Solange bekommt die Einrichtung nur Teilkosten erstattet. Die fehlenden Einnahmen summieren sich mal schnell auf Hunderttausende Euro. Das **bringt die Träger in Liquiditätsprobleme**.
- Bei dem Medizinischen Dienst stören die langsamen Bewilligungen von Neu- und/oder Höherstufungsanträgen den ordentlichen (kostendeckenden) Betrieb einer Einrichtung immens – denn **es fehlt der höhere Pflegesatz der Pflegekasse**.

Liquiditätsprobleme durch fehlende Einnahmen Träger bleiben auf Kosten sitzen!

Träger bleiben auf Kosten sitzen

- Die hohe Inflation und massiv gestiegene Energiekosten aufgrund des Ukrainekriegs: **Die Betreiber erhalten die enormen Anstiege nicht zeitnah erstattet.**
- Steigende Mieten bei Index-Mietverträgen werden nicht refinanziert. Die Träger sind an die Verhandlungen mit Pflegekassen und Sozialhilfeträgern gebunden und **Einnahmen gehen verloren.**
- Durch die stark erhöhten Zinsen sind fast alle Modernisierungs-, Umbau- und Neubaumaßnahmen nicht mehr möglich, weil sie nicht refinanziert werden können.
- Die neuen Tarifanpassungen wurden in der Pandemie mit Nachdruck gefordert und werden gerade wegen des Personalmangels gezahlt. Diese Gelder müssen über die Pflegesatzverhandlungen eingefordert werden – allerdings ohne rückwirkende Refinanzierung. Die **Überbrückungszeiten muss der Träger übernehmen.**
- Die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro zahlen wir als Arbeitgeberin an unsere Mitarbeitenden. Im Nachgang muss das über den Pflegesatz und damit direkt von den Bewohner:innen oder Sozialämtern bezahlt werden.
- Personalkosten werden gemäß Tarif refinanziert. Die oft wegen des Personalmangels **notwendigen Leiharbeitskosten werden nicht anerkannt** und sind deshalb auch nicht für den Träger refinanziert.

#5nach12
Zeit zu handeln!



Sie wissen, dass Pflegekräfte fehlen.
Dann seien Sie Feuer und Flamme für die Pflege!

NICHTEINHALTUNG VON GESETZLICHEN FRISTEN BEI PFLEGESATZVERHANDLUNGEN



Die **Antragsfristen** für Pflegesatzverhandlungen sind auf **6 Wochen** ausgelegt. Der Träger muss im Vorfeld Angehörige/Bewohner:innen und Heimbeirat über die geplanten Erhöhungen informieren und für die Verhandlungen jede Menge Anträge und Unterlagen vorbereiten.

Prognosen mit Blick in die Glaskugel anstellen In der Pflege leider noch nicht möglich!



Unvorhersehbare Kosten wurden nicht angesetzt. Am Beispiel der Krise aufgrund eines Krieges – und der damit einhergehenden Inflation – werden solche Kosten im Nachgang von den Kassen nicht zurückgerechnet. **Der bisherige Wagniszuschlag von 1,5 %, um Risiken abzusichern, reicht da nicht aus.** Ein Grund für die Existenzgefährdung von Heimen.

Nach diesen 6 Wochen muss eine Vereinbarung zwischen dem Träger und der Mehrheit der Kostenträger erfolgen (§85 SGBXI Abs. 5, Satz 1) ...soweit die **Theorie!**

So sieht die **Realität** bei uns aus:

Trotz mehrmaligen Nachfragen und Aufforderungen unsererseits, werden wir – aufgrund Personalmangels, Urlaubs- und Krankheitstagen, etc. – mehrfach für die Verhandlungen vertröstet. Ein Angebot der Pflegekasse kommt nicht zustande – **obwohl eine gesetzliche Regelungsfrist vorliegt!**

Was hat das für Konsequenzen?

- **Fehlende Liquidität** anhand eines Beispiels:
 - Mitte Februar 2023 wurde der Antrag auf die Pflegesatzerhöhungen ab April 2023 gestellt.
 - Mitte September 2023 (!) kommt es zu einer Einigung in Höhe von 8 %.
 - Bis dahin entstehen **Liquiditätseinbußen** in Höhe von 140.000 Euro.
- Viel höherer Verwaltungs- und Kostenaufwand durch das mehrfache Anfassern der Vorgänge – bei beiden Parteien.
- Alle Rechnungen ab April müssen neu erstellt, versendet und verbucht werden.
- Sollen den bis dahin Verstorbenen die Nachforderungen in Rechnung gestellt werden?

Zu Recht bringt das Verärgerung bei den bedürftigen Menschen, Angehörigen und Mitarbeitenden.

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften in vielen Branchen kann eines der größten Hindernisse für Wirtschaftswachstum, für die Sicherung von Wohlstand, eine hohe Qualität in Gesundheit, Pflege, Betreuung und Bildung sowie für das Gelingen der Transformation in Deutschland sein.

Quelle: Auszug Koalitionsvertrag des Bundes (2021-2025)



Wie sehen Ihre sachgerechten Lösungen aus?
Wie sollen in Zukunft pflegebedürftige Menschen kompetent versorgt und betreut werden?

WELCHE FAKTEN ZU DEM URALT THEMA FACHKRÄFTEMANGEL IN DER PFLEGE FEHLEN NOCH?

Was muss hier noch passieren?
Was werden Sie endlich dagegen tun?

- 2016 wurde vom Deutschen Bundestag das Pflege-Stärkungsgesetz festgelegt. Am 1. Juli 2023 trat das **neue Personalbemessungsverfahren** (PeBeM) in Pflegeeinrichtungen in Kraft. Bis Ende 2025 soll es umgesetzt werden. Bisher hat der Bund nur Empfehlungen für den Umgang herausgegeben. Die **Anpassung der Rahmenverträge der Bundesländer** fehlen immer noch.
- Die aktuellen **Ausbildungszahlen** sind ein Drama und lösen große Besorgnis aus. Wie das Statistische Bundesamt berichtet, sind im Jahr 2022 die abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 4.100 (7 %) gegenüber dem Vorjahr gesunken.
- **Pflegekräfte aus dem Ausland** rekrutieren – einige Politiker haben die verschärften Engpässe in der Branche endlich erkannt und versuchen bisher erfolglos im Ausland neue Mitarbeitende zu gewinnen. Deutschland ist bekannt als ausländerfeindlich und zu bürokratisch bei der Anerkennung von qualifizierter Ausbildung und Ausstellung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen.

Frührente vorprogrammiert!
27 % mehr als andere Berufstätige
Pflege macht krank!
Berufsgruppe mit 7 % über dem Durchschnitt



- Laut der Bertelsmann Stiftung **dauert die Besetzung einer freien Stelle in der Altenpflege im Durchschnitt über 170 Tage**.
- Der Pflegeberuf ist eine Frauendomäne. Fast die Hälfte aller in der Pflege beschäftigten **Frauen üben einen Teilzeitjob aus**. Großer Wunsch der Politik ist die Vollzeitbeschäftigung, die aus verschiedenen Gründen, beispielsweise die Vereinbarkeit mit der Familie (fehlende Kita/ Kiga-Plätze / Ganztagsbetreuung / bezahlbare Heime für die Pflegebedürftigen, etc.), nicht umzusetzen ist.

- Die **tägliche Dokumentation und Planung** der Pflege- und Betreuungsleistungen kostet rund **50 % der kostbaren Arbeitszeit von Fachkräften** – d.h. weniger als die Hälfte der verfügbaren Mitarbeiterzeit kann für die direkte Versorgung der Bewohner:innen verwendet werden.

Laut Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln könnten in Deutschland bis 2035 rund 307.000 Pflegekräfte in der stationären Versorgung fehlen. Die **Versorgungslücke im Pflegebereich** insgesamt könnte sich bis dahin auf knapp 500.000 Fachkräfte vergrößern. Das Thema ist der Politik seit Jahrzehnten bekannt – getan wurde wenig.

Wieviel Euro sind dem Staat die älteren Menschen wert?

„Der Bund wird hierfür **eine Milliarde Euro** zur Verfügung stellen. Dazu werden wir die Steuerfreiheit des Pflegebonus auf 3.000 Euro anheben...“ – wofür wurde/wird das Geld ausgegeben? Die Transparenz zu den getätigten Ausgaben fehlt.

Im Rahmen des sogenannten "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI) stehen **20 Milliarden Euro für Chip-Fabriken** in Deutschland bereit. Margrethe Vestager (EU-Wettbewerbskommissarin) sagte, Mikrochips seien das Rückgrat der Wirtschaft.

Wo bleibt das Sondervermögen für die Pflege?



Und die alten Menschen...
...sind nur eine Belastung?

Wohin mit den pflegebedürftigen Menschen?



**ES MUSS MEHR ALS
NUR KOSMETIK HER!
DIE SCHMINKE BRÖCKELT!**

KEINE KURZATMIGEN LÖSUNGEN!

Hat die Politik Verantwortungsgefühl, Willen und Ausdauer?
ALLE diese Themen sind – nicht erst seit gestern – bekannt
und werden auf den Wahlplakaten propagandiert.

Was aber passiert wirklich?

Wir fordern:

- Eine **intensive Auseinandersetzung/Beschäftigung** aller Kandidat:innen – und später Gewählten – sowie der Verantwortlichen in den Verwaltungen **mit den angezeigten Problemen** – also eine parteiübergreifende zielgerichtete Diskussion.
- **Zeit-, praxisnahe und schnell umsetzbare Entscheidungen** um diese Mängel zu beheben – und nicht nur wieder Absichtserklärungen!
Ein „Vergessen“ nach der Wahl, kann aufgrund der zu befürchtenden Wahlergebnisse nicht toleriert werden.
- **Klarheit und öffentliche Kommunikation** über die Konsequenzen dieser Entscheidungen
Wer muss was zahlen?
Wie wird der Stellenschlüssel (und welcher) anerkannt?

**Wer pflegt die Pflege?
Welche Partei nimmt sich
endlich dem Thema Pflege an?**

- **Angemessene Investitionsätze**
→ Investitionen müssen zeitnah refinanzierbar sein
- **Ausreichende "Risikopuffer" (Wagniszuschlag)**
→ Möglichkeit Gewinne zu erwirtschaften
- **Einhaltung der gesetzlichen Fristen von Allen**
→ Strafmaßnahmen bei Nichteinhaltung
- **Verkürzung der Bescheide** für Sozialamt und Medizinischen Dienst auf zwei Monate

**Realistischer Wagniszuschlag
Betreiber müssen ausreichend Gewinne
erwirtschaften können, um Risiken abzuschern**

- **Schnelle Ausstellung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen**
- **Strukturierte Integration** der neuen Mitarbeitenden in den deutschen Arbeitsmarkt
- Steuerbefreiung von weiteren Zuschlägen
- **Sondervermögen** für die Pflege

Bald zwingt die Überalterung Deutschlands die junge Generation in die Knie.

Fakt ist: Aktuell leben in Deutschland 52 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter und rund fünf Millionen Pflegebedürftige. 2040 sind es nur noch 48 Millionen im erwerbsfähigen Alter, die bis zu sieben Millionen Pflegebedürftige mit ihren Beiträgen finanzieren oder selbst pflegen müssen.

Das heißt: Wenn die Generation Z (geboren Ende der 90er bis 2012) vollständig im Arbeitsmarkt angekommen ist, droht der **Babyboomer-Pflegekosten-Schock!**



Am Ende zahlen wir alle den Preis **ALS GESELLSCHAFT.**

” Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind. “
Altes Testament, Sprüche 31,8

Wir alle werden älter und sind früher oder später von diesen Problemen betroffen.

Herausgeber
AGAPLESION WOHNEN & PFLEGEN SÜD
gemeinnützige GmbH
Freiligrathstraße 8, 64285 Darmstadt
T (06151) 30 75 - 201, awps@agaplesion.de
Geschäftsführung
Bernhard Pammer



www.agaplesion.de

Unterschriftenaktion „Systemfehler in der Pflege“ zur Landtagswahl Hessen 2023 für mehr Unterstützung in der Pflege von der Politik

Seit Jahrzehnten versuchen wir notwendige Änderungen im System „Pflege“ politisch und in den Verwaltungen von Bund, Land oder Kommune zu erreichen. Leider bisher weitgehend erfolglos.

„Pflege“ ist ein Problem aller – unabhängig von der Partei, Konfession, Geschlecht, Alter oder Nationalität. Handeln Sie für das System „Pflege“ und letztendlich für sich selbst, denn wir alle werden älter und kommen unter Umständen in die Situation Pflege zu benötigen.

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die Forderungen der *AGAPLESION WOHNEN & PFLEGEN SÜD gemeinnützige GmbH*:

- **Eine intensive Auseinandersetzung/Beschäftigung aller Kandidat:innen – und später Gewählten – sowie der Verantwortlichen in den Verwaltungen mit den angezeigten Problemen – also eine parteiübergreifende zielgerichtete Diskussion.**
- **Zeit-, praxisnahe und schnell umsetzbare Entscheidungen um diese Mängel zu beheben – und nicht nur wieder Absichtserklärungen!**
- **Klarheit und öffentliche Kommunikation über die Konsequenzen dieser Entscheidungen: Wer muss was zahlen? Wie wird der Stellenschlüssel (und welcher) anerkannt?**
- **Angemessene Investitionssätze**
→ Investitionen müssen zeitnah refinanzierbar sein
- **Ausreichende "Risikopuffer" (Wagniszuschlag)**
→ Möglichkeit Gewinne zu erwirtschaften
- **Einhaltung der gesetzlichen Fristen von Allen**
→ Strafmaßnahmen bei Nichteinhaltung
- **Verkürzung der Bescheide für Sozialamt und Medizinischen Dienst auf zwei Monate**
- **Schnelle Ausstellung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen**
- **Strukturierte Integration der neuen Mitarbeitenden in den deutschen Arbeitsmarkt**
- **Steuerbefreiung von weiteren Zuschlägen**
- **Schaffung eines „Sondervermögen Pflege“ für Ausbildung und Akquise ausländischer Mitarbeitende, Ausstattung der Schulen und Sanierung von Einrichtungen**

Name	Vorname	Straße Nr.	PLZ Ort	Unterschrift

Mit Ihrer Unterschrift erklären Sie sich zur Verarbeitung Ihrer Daten bereit, wie in den untenstehenden Datenschutzhinweisen aufgeführt.

Senden Sie die Liste ausgefüllt und unterschrieben zurück an:

AGAPLESION WOHNEN & PFLEGEN SÜD gemeinnützige GmbH
Freiligrathstraße 8, 64285 Darmstadt

oder an: awps@agaplesion.de

Datenschutzhinweise nach Art. 13 DSGVO

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden auf der Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO von der AGAPLESION WOHNEN & PFLEGEN SÜD gemeinnützige GmbH, Freiligrathstraße 8, 64285 Darmstadt, vertreten durch Bernhard Pammer, zum Zweck der Unterstützung oben genannter Forderungen verarbeitet. Empfänger der Unterschriftenliste sind die örtlich gewählten Abgeordneten und im Anschluss der:die Sozialminister:in. Die Daten werden bis zu dem Zeitpunkt der Übergabe der Unterschriftenliste gespeichert (geplant bis zum 31.01.2024). Sie haben das Recht, die Verarbeitung Ihrer Daten mit Wirkung für die Zukunft jederzeit zu widerrufen. Darüber hinaus haben Sie das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten sowie das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.